

oder sogar kolportierte Fehldeutungen über die Vorgänge im Krieg, sowohl hinsichtlich der Fakten wie der Bewertungen: Zweiter Weltkrieg/Ursachen (Hermann Graml); Alliierte Kriegsverbrechen (mit der wohlbegründeten Warnung von Hermann Weiß, etwa die »Judenvernichtung mit Kriegsrechtsverletzungen der Alliierten« zu vergleichen und aufzurechnen); Deutsche Kriegsverbrechen (Willi Dreßen); Drôle de Guerre – Sitzkrieg; Unternehmen Barbarossa (Hermann Graml); Werwolf; Wunderwaffen; Kriegsgefangenschaft; Flucht und Vertreibung (Wolfgang Benz). Den alliierten Kriegsverbrecherprozessen in Deutschland schreibt Robert Sigel »eine große aufklärerische Funktion« zu (S. 16).

4. Dem Gesamtkomplex des Antisemitismus, der Judenverfolgung und des »Holocaust« begegnet der Leser in mehreren Abhandlungen, die teilweise – zur »Objektivierung« der Beweisführung – durch faksimilierte Dokumente ergänzt werden. Neben Berichten z. B. über das Anne-Frank-Tagebuch und die »Protokolle der Weisen von Zion«, über die Juden in der deutschen Wirtschaft und Kultur, die angeblichen »Kriegserklärungen« der Juden an die Deutschen, über den Zionismus sowie über die Schlagworte vom »Weltjudentum« und der »jüdischen Weltverschwörung« sind die Artikel von Wolfgang Benz und Hellmuth Auerbach über die Zahl der Opfer der »Endlösung« und das Wissen der deutschen Bevölkerung über das Schicksal der Juden von besonderer Wichtigkeit. Jeglichen »revisi-onistischen« Manipulationen und Entlastungsstrategien gegenüber betonen die Autoren des Bandes die wissenschaftliche Wahrheit des »rechtlich-moralischen Ausnahmefall[s] des Völkermords an den Juden Europas« (S. 11).

Wie bei jedem Sammelband läßt sich über die inhaltliche Komposition diskutieren. So mögen einige wenige Stichworte entbehrlich, andere, auf die verzichtet wurde, dagegen einer Behandlung »würdig« sein. Subjektive Wertungen von Rezensenten ändern jedoch nichts an dem Urteil, daß dieses »Lexikon zur Zeitgeschichte« der rationalen historischen Urteilsbildung auf dem neuesten Forschungsstand vorzügliche Dienste erweisen wird.

*Hans-Georg Merz, Freiburg*

Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, Oldenbourg Verlag, München 1990, XXIX + 646 S., geb., 78 DM.

Der vorliegende Band entstand als Ergebnis einer internationalen Tagung des Instituts für Zeitgeschichte im Mai 1988. Die einzelnen Beiträge sind offenbar wie üblich noch einmal überarbeitet worden, aber die seit Herbst 1989 sich überstürzenden Ereignisse, die zur deutschen Einheit geführt haben, konnten oder sollten nicht mehr berücksichtigt werden.

Nach Ansicht der Herausgeber in der Einleitung bildete sich in den Jahren 1948 bis 1958 das westeuropäisch-atlantische System, das heute von erheblicher wirtschaftlicher und politischer Homogenität und Stabilität gekennzeichnet ist, unter dem steuernden Einfluß der USA heraus. Ohne die Integration Westdeutschlands hätte dieser Prozeß so nicht stattfinden können. Der Sammelband macht die unauflösliche Interdependenz politischer, ökonomischer, sicherheitspolitischer und technologisch-kultureller Wirkungsfaktoren deutlich. Der westeuropäisch-atlantische Integrationsprozeß diene den Interessen aller Beteiligten. Er wurde gespeist aus den allen gemeinsamen historischen Grunderfahrungen des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft und des kollektiven Sicherheitssystems sowie der innen- und außenpolitischen Herausforderung durch Faschismus und Nationalsozialismus in der Zwischenkriegszeit. Unter dem Aspekt der Gemeinschaftsbildung erwiesen sich die Spaltung Europas und der Kalte Krieg sogar als Vorteile (S. XXVII).

Ludolf Herbst untersucht in seinem Beitrag Stil und Handlungsspielräume der europäischen Integrationspolitik der Regierung Adenauer in den ersten Jahren nach 1949. Er ana-

lysiert den Zusammenhang zwischen der Revision des Besatzungsstatuts und der Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt. Er zieht das Fazit, daß die Westalliierten die Ablösung der ihnen zunächst noch verbliebenen Kontrollrechte von der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Westintegration der Bundesrepublik abhängig machten und ein strenges »do ut des« geherrscht habe. Unter diesen Bedingungen seien die Handlungsspielräume der Bundesregierung stark verengt gewesen. Mit taktischer Geschmeidigkeit und selbstbewußter Beharrlichkeit sei es Adenauer gelungen, den Westmächten durch europapolitische Vorleistungen eine Konzession nach der anderen abzurufen, der Bundesrepublik eine materiell und politisch gesicherte Zukunft als gleichberechtigter Partner zu sichern und die Souveränität in den durch die Lage Berlins und die Viermächteverantwortung gezogenen Grenzen zu erringen. Diese Grenzen, so könnte man heute ergänzen, spürte man nach 1955 erst wieder 1990. Das Problem der Handlungsspielräume untersucht Ulrich Enders an einer Einzelfrage, der Auseinandersetzung um den Beitritt Deutschlands zum Europarat. 1949–50 war die Bundesrepublik noch keineswegs ein gleichberechtigter Partner und sollte anfangs nur assoziiertes Mitglied werden. Nach dem Willen Frankreichs sollte außerdem gleichzeitig das Saarland assoziiert werden. Enders zeigt im Detail, wie die Regierung Adenauer in dieser schwierigen Lage mit vorsichtiger Diplomatie ihre europäische Linie bewahrte und zwischen der Kritik im Bundestag und den Zumutungen der Alliierten erfolgreich hindurchsteuerte.

Die parlamentarische Opposition gegen die Integrationspolitik der Bundesregierung beleuchtet Wolfgang Benz in seiner Darstellung der widersprüchlichen Europakonzeption Kurt Schumachers, der unmittelbar nach dem Krieg zu den überzeugten Verfechtern der Europaidee gehört hatte. Benz kommt zu dem negativen Schluß, die größte Schwäche der Schumacherschen Europakonzeption sei das »Festhalten an fernen Ideallösungen« gewesen »im Glauben, dafür Zeit zu haben. Das verführte ihn und die SPD zur kompromißlosen Verteidigung der vielleicht besseren Grundsätze, zur Unbeugsamkeit gegenüber Realitäten und zur Verweigerung aller Offerten und aller Eintrittsbilletts für die schlechteren Plätze im europäischen Theater, auch als schon absehbar war, daß man spätestens im zweiten Akt von den Rängen ins Parkett würde wechseln dürfen.«

Christoph Buchheim stellt dar, warum Westdeutschland für die Rekonstruktion des westeuropäischen Wirtschaftsraums und die gesamte Weltwirtschaft so wichtig war. Das zentrale Problem der westeuropäischen Volkswirtschaften war 1947 die sogenannte Dollarlücke. Die westeuropäischen Staaten einschließlich der westlichen Besatzungszonen Deutschlands importierten mehr Waren aus den USA als sie dorthin ausführen konnten. Dies führte zu ständig steigenden Defiziten in der Handelsbilanz gegenüber dem Dollarraum. Eine wesentliche Ursache dafür war nach Buchheim der nahezu völlige Ausfall Deutschlands als Exporteur von Investitionsgütern. In demselben Maß, in dem es gelang, die westdeutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln und das restriktive Außenhandelsregime der Militärregierung zu lockern, verlagerte sich der westeuropäische Importbedarf an Investitionsgütern von den USA auf Westdeutschland. Hierzu trugen ebenfalls die Handelsliberalisierung in Westeuropa unter dem Druck des Marshallplans und die Europäische Zahlungsunion von 1950 bei. An die Stelle der Dollarlücke trat eine DM-Lücke, die aber im Unterschied zur Dollarlücke finanzierbar war, weil die Bundesrepublik ihrerseits wesentlich importfreudiger war als die USA. Die Beiträge von Martin Fritz für Schweden und Albert E. Kersten für die Niederlande bestätigen diesen Befund. Die niederländische Regierung ließ sich bei ihrer Politik gegenüber Deutschland von dem Gedanken leiten – der im eigenen Land auf scharfe Kritik stieß –, es sei auf längere Sicht besser, ein starkes Westdeutschland, eingebunden in ein westliches Bündnissystem, als Nachbarn zu haben als ein schwaches, aber haßerfülltes.

Methodisch sehr interessant ist der Beitrag Volker Berghahns, der sich am Beispiel des Hamburger Industriellen Otto A. Friedrich mit dem Problem der »Amerikanisierung der

westdeutschen Industriewirtschaft« befaßt. Berghahn merkt an, daß in der bisherigen Forschung zur Westintegration der Bundesrepublik und ihrer »Rückkehr zum Weltmarkt« die Rolle von Unternehmern viel zu wenig berücksichtigt wurde. Otto A. Friedrich hatte in den zwanziger Jahren in der amerikanischen Gummiindustrie Erfahrungen gesammelt. Sein Bruder Carl Joachim, der Politikwissenschaftler, war in den USA geblieben und mit Forschungen über den Totalitarismus hervorgetreten. Friedrich war auf diese Weise offen für die amerikanischen Vorstellungen einer wettbewerbsgeleiteten, weltmarktorientierten Organisation der Industrie, die der deutschen, durch die besonderen Bedingungen der NS-Herrschaft noch verstärkten Tradition des durch Kartelle beschränkten Wettbewerbs auf einem begrenzten Markt entgegenstanden. Friedrich unterstützte Ludwig Erhard in dessen Bemühungen um eine Gesetzgebung gegen Wettbewerbsbeschränkung, kannte aber besser als dieser und die Amerikaner die Schwierigkeiten, die die westdeutsche Unternehmerschaft mit der Umorientierung auf den Weltmarkt hatte.

Den moderierenden Einfluß der USA für den Prozeß der europäischen Integration zeigt Michael Eckert am Beispiel der Atompolitik, Die Protagonisten eines deutschen »Nuklearnationalismus« aus Wirtschafts- und Atomministerium, Teilen der Wirtschaft und der Wissenschaft, personifiziert durch Atomminister Franz Josef Strauß, erstrebten eine »gleichberechtigte« unkontrollierte Verfügung über spaltbares Material und suchten diese politisch durch bilaterale Abkommen mit Großbritannien und den USA abzusichern. Die USA verweigerten sich aber derartigem Ansinnen und verwiesen die Bundesrepublik auf die Integration in der Euratom. Die Regierung Adenauer benutzte allerdings die schließlich nicht wahrgenommene Option auf ein eigenständiges deutsches Atomprogramm als diplomatische Verhandlungsmasse.

Mit seiner Untersuchung darüber, wie es zur langfristigen Stationierung mehrerer hunderttausend amerikanischer Soldaten in Europa kam, betritt Wolfgang Krieger weitgehend Neuland. Er zeigt, wie zögernd die USA eine dauernde Stationierung von Truppen ins Auge faßten und wie sie durch ein weit gefächertes Spektrum politischer Maßnahmen das direkte Engagement in Grenzen zu halten versuchten. Am Beispiel der militärischen Kooperation mit Frankreich analysiert Krieger den Aufbau des amerikanischen Nachschub- und Versorgungsnetzes in Westeuropa, ohne das die NATO nicht hätte funktionieren können. Der Anstoß für das amerikanische Engagement, so Krieger, ging von Frankreich aus, das sich unter dem Schock des Korea-Krieges für eine enge bilaterale militärische Kooperation entschied, weil es seine Sicherheit nicht allein gewährleisten konnte und in der Kooperation die Möglichkeit einer gleichberechtigten Partnerschaft erblickte.

Bert Zeeman arbeitet in seinem Beitrag über den Brüsseler Pakt heraus, wie sich das ursprüngliche Bündnisziel der Sicherheit vor Deutschland in das der Sicherheit vor der Sowjetunion wandelte. Da die westeuropäischen Staaten unfähig waren, die für eine wirksame Verteidigung notwendigen Mittel aufzubringen, setzte sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß eine Verteidigung Westeuropas ohne Westdeutschland nicht möglich war. Aus diesem Dilemma erwuchs die politische Entscheidung der westeuropäischen Staaten, der Wiederbewaffnung Westdeutschlands zuzustimmen.

In seinem abschließenden Beitrag faßt Hans-Peter Schwarz die Ergebnisse zusammen und formuliert neue Fragen. Er sieht nicht so sehr die Jahre 1944–1948/49, sondern die 1950er Jahre als Epochenäsur, die das Gestern von Heute trennt, und dies nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für ganz Westeuropa. Erst die 1950er Jahre brachten das neue europäisch-atlantische System mit seinem beispiellosen Modernisierungsschub. Unsicherheiten wurden durch Stabilität abgelöst. Ob Europa derzeit schon in eine Übergangsepoche eingetreten ist, in der sich das Nachkriegssystem wieder auflöst, war bei der Niederschrift von Schwarz' Beitrag noch nicht klar zu erkennen. Die Bundesrepublik Deutschland bildete einen konstituierenden Teil des Systems und operierte nach Schwarz »mit bemerkenswerter außenpolitischer Reife«. In diesem Kontext stellt sich dann die immer wieder disku-

tierte Weigerung Adenauers, im Zusammenhang mit den Stalinnoten 1952 bei der Westintegration einen Aufschub zu erwirken, um die deutschlandpolitischen Möglichkeiten auszuloten, als »Stabilitätsoffer« dar. Die Integration gelang über die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu verschiedenen funktionalen »Clubs« wie GATT, EZU, IWF, OEEC, Europarat, Montanunion, EWG, Euratom, WEU und NATO. Adenauer hat rasch erkannt, welche Vorteile es der Bundesrepublik Deutschland bot, das Verhältnis zu den großen und kleinen Westmächten in verschiedenen Bezugskreisen zu gestalten. Bei der aktenmäßig gestützten Erforschung des Zusammenwirkens der Gremien der Einzelorganisationen mit den Regierungen sieht Schwarz noch viele Defizite.

Im Rahmen dieser Besprechung ist es nicht möglich auf alle der 28 Beiträge einzugehen. Die getroffene Auswahl ist willkürlich. Die anderen Autoren seien wenigstens mit ihren Themen erwähnt: Wilfried Loth behandelt die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, Werner Bührer die USA, die OEEC und die westdeutsche Außenhandelspolitik 1949–1952, Reinhard Neebe die Optionen westdeutscher Außenhandelspolitik 1949–1953, Gunther Mai das politische Spannungsverhältnis des Osthandels zur Westintegration, Raimond Poidevain die Ursachen der europapolitischen Initiativen Frankreichs 1950, Richard T. Griffith die Beneluxstaaten in den Schumanplan-Verhandlungen, Peter Fischer die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zum Projekt einer europäischen Politischen Gemeinschaft, Ulrich Kluge die Wege europäischer Agrarintegration 1950–1957, Hanns Jürgen Küsters den Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949–1958, Pierre Guillen die Haltung Frankreichs zur NATO-Integration der Bundesrepublik Deutschland, Klaus A. Maier die Auseinandersetzungen um die EVG als europäischem Unterbündnis der NATO, Bruno Thoß die sicherheits- und deutschlandpolitischen Komponenten der europäischen Integration zwischen EVG und EWG 1954–1957, Mark Cioc die Akzeptanz von Wiederbewaffnung und atomarer Strategie in der Bundesrepublik Deutschland, Klaus Schwabe die Rolle John McCloy bei der Integration der Bundesrepublik Deutschland, Heather J. Yasamee die Haltung Großbritanniens zum selben Vorgang, René Girault den kulturellen Hintergrund der französischen Integrationspolitik und Hellmuth Auerbach die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48. Aus dieser Aufzählung wird deutlich, daß die soziale Dimension ausgeblendet bleibt.

Forschungsgeschichtlich dokumentiert der Band einen Diskussionstand, an dem man nach der Erörterung der Besatzungszeit, der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und der »verpaßten Chancen« sich mit der Teilung Deutschlands und Europas abgefunden hatte und sich statt dessen mit dem positiven Tatbestand beschäftigte, daß wenigstens der Westen Deutschlands endlich den dauerhaften Anschluß an die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft geschafft hatte. Aus der Sicht von 1991 ergibt sich für manche Probleme schon wieder eine andere Perspektive. Insbesondere das Bewußtsein, daß die Menschen in der östlichen Hälfte Europas vom Erfolg im Westen ausgeschlossen waren, dürfte in der Zwischenzeit auch unter Historikern noch gewachsen sein. Jedoch steckt ein gewisser Reiz darin, die »alte« Perspektive kurz vor dem Umschlag der Ereignisrichtung noch einmal vorgeführt zu bekommen. An den Detailergebnissen der Forschungen ändert die andere Perspektive natürlich sowieso nichts.

Der Band zeigt sich als das Produkt einer anscheinend gut konzipierten und durchgeführten Konferenz, der später eine ebensolche Redaktion des Tagungsbandes entsprach. Er unterscheidet sich somit wohltuend von manch anderem Sammelband, der eher als zufälliges Sammelsurium von Aufsätzen erscheint, die nicht woanders publiziert werden konnten. Eine umfangreiche Auswahlbibliographie und ein Namensregister helfen bei der praktischen Nutzenanwendung.

*Christoph Stamm, Bonn*